

Bund fehlt Geld für Konversion

STANDORTSCHLISSUNG

Minister Struck macht
den Gemeinden wenig
Hoffnung auf
finanzielle Hilfe.

BONN/SCHWERIN (DPA/DDP). Der Bund will den Kommunen bei der Umwandlung von Militäranlagen für zivile Zwecke helfen, bietet aber kein Geld an. Mit Bedauern machte Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) gestern in Bonn bei der „Konferenz zur Stationierung der Bundeswehr in Deutschland“ vor rund 300 Bürgermeistern und Landräten die Grenzen der Unterstützung deutlich. Bei dem Treffen wurde klar, dass der Bund ein eigenes Konversions-Hilfsprogramm nicht auflegen kann. Struck versuchte aber im „Schlagabtausch“ mit den Abgesandten aus den Kommunen zu trösten: „Der Bund wird die Kommunen bei der Entwicklung von Nutzungskonzepten, Machbarkeitsstudien und anderen planerischen Maßnahmen wie die Bewältigung der Altlastenprobleme unterstützen.“

Laut Schweriner Wirtschaftsstaatssekretärs Reinhard Meyer geht der Bund bei der Verwertung ehemaliger Militärliegenschaften von überzogenen Erwartungen aus. Von den Kommunen werde zu viel Geld für die Flächen verlangt, sagte er. Er schlug ein Modell vor, nach dem die Städte und Gemeinden die Flächen erst dann bezahlen müssen, wenn sie vermarktet wurden. Der Bürgermeister von Stavenhagen (Kreis Demmin), Bernd Mahnke (CDU), forderte mehr Unterstützung für die von Kasernenschließungen betroffenen Kommunen. Das könnten Preisnachlässe für Flächen sein, die für Gewerbe besonders geeignet wären. **SEITE 2: KOMMENTAR**